EUROPÄISCHES PARLAMENT

2004 *2009*

Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

2007/2055(DEC)

21.1.2008

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

für den Haushaltskontrollausschuss

zur Entlastung für die Ausführung des Haushaltsplans der Europäischen Einheit für justizielle Zusammenarbeit für das Haushaltsjahr 2006
(C6-0380/2007 – 2007/2055(DEC))

Verfasserin der Stellungnahme: Bárbara Dührkop Dührkop

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres ersucht den federführenden Haushaltskontrollausschuss, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. nimmt erfreut zur Kenntnis, dass der Rechnungshof angemessene Sicherheit dahingehend erlangen konnte, dass der Jahresabschluss für das am 31. Dezember 2006 zu Ende gegangene Haushaltsjahr zuverlässig ist und die zu Grunde liegenden Vorgänge insgesamt gesehen rechtmäßig und ordnungsgemäß sind;

2. bedauert die hohe Rate der Mittelübertragungen sowohl unter Titel II als auch Titel III sowie die große Zahl von Mittelübertragungen zwischen verschiedenen Haushaltslinien, ohne dass ausreichende Belegdokumente vorgelegt wurden; fordert Eurojust auf, alle notwendigen Maßnahmen zu treffen, damit sich eine derartige Situation nicht wiederholt;

3. fordert Eurojust auf, die Verfahrensvorschriften, insbesondere bezüglich der Rahmenverträge, strikt einzuhalten.